Stand: 16.12.2025 01:57:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10676

"Tierschutz stärken - Europäisches Recht umsetzen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10676 vom 23.03.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11647 des UV vom 31.05.2016
3. Beschluss des Plenums 17/11915 vom 09.06.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 09.06.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 23.03.2016 **Drucksache 17/10676**

Antrag

der Abgeordneten **Susann Biedefeld, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Florian von Brunn, Herbert Woerlein, Horst Arnold, Ruth Müller, Martina Fehlner SPD**

Tierschutz stärken –
Europäisches Recht umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine weitere Anpassung des deutschen Tierschutzgesetzes und der Tierschutz-Versuchstierverordnung (TierSchVersV) an die EU-Tierversuchsrichtlinie (Richtlinie zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere) einzusetzen. Ein aktuelles Gutachten listet 18 tierschutzrelevante Verstöße bei der Umsetzung der EU-Tierversuchsrichtlinie 2010/63/EU in deutsches Recht auf. Die Staatsregierung soll sich daher im Bund für eine EU-konforme Änderung des Tierschutzgesetzes und der TierSchVersV stark machen.

Insbesondere sollten folgende Aspekte bei einer Überarbeitung des Tierschutzgesetzes und der Tierschutz-Versuchstierverordnung Beachtung finden:

– Tierversuche zur Aus-, Fort- oder Weiterbildung sollten einer Genehmigungspflicht unterliegen, also nicht nur einer Anzeige bedürfen. Anstatt des Anzeigeverfahrens sollten auch Tierversuche zu Bildungszwecken dem normalen Genehmigungsverfahren unterzogen werden. Laut eines Gutachtens zählen Tierversuche zu Bildungszwecken nicht zu den von der EU-Versuchstierrichtlinie vorgesehenen Ausnahmen für einfache Verwaltungsverfahren (Art. 42 Abs. 1 Richtlinie 2010/63/EU).
– Änderung des in Art. 8a vorgesehenen Anzeigeverfahrens, so dass keine Tierversuche ohne eine Genehmigung durch die zuständigen Behörden begonnen werden können. Dadurch könnte verhindert werden, dass die Durchführung rechtswidriger Tierversuche, auch bei einem vereinfachten Verwaltungsverfahren, gestartet werden kann. Zudem sollte auch bei Versuchen, die dem Anzeigeverfahren unterliegen, eine verpflichtende rückblickende Bewertung des Tierversuchs eingeführt werden.
– Änderung der in Art. 8 Abs. 1 TierSchG festgelegten Genehmigungsvoraussetzungen, damit die zuständigen, prüfenden Behörden eigene Ermittlungen und Gutachten einholen können. Bisher sind die zuständigen Behörden bei der Beurteilung des wissenschaftlichen Nutzens allein auf die Angaben des Antragsstellers angewiesen. Dies entspricht nicht den Zielen der EU-Versuchstierrichtlinie.
– Wie in Art. 38 Abs. 2 Buchstabe d Richtlinie 2010/63/EU festgeschrieben, sollte die durch den Versuch verursachte Angst der Tiere in Genehmigungsverfahren mehr Berücksichtigung bei der Schaden-Nutzen-Analyse finden. Außerdem sollten Tierversuche, die mit lang anhaltenden starken Schmerzen, Leiden oder Ängsten verbunden sind, nur in absoluten Ausnahmefällen erlaubt sein (Art. 55 Abs. 3 Richtlinie 2010/63/EU) bzw. gänzlich verboten werden (Art. 1 Satz 2 TierSchG). Bisher werden in Art. 25 TierSchVersV für Versuche, die mit besonders starken Schmerzen und Leid verbunden sind, keine besonderen Ausnahmevoraussetzungen beschrieben. Es gilt lediglich, was nach Art. 7a Abs. 2 TierSchG auch für jeden anderen Tierversuch Voraussetzung ist.
– Stärkere Berücksichtigung der unter Art. 34 Richtlinie 2010/63/EU konkret festgeschriebenen Aspekte für die Kontrolle von Züchtern, Lieferanten und Verwendern und damit für die Aufsicht durch die zuständigen Behörden.

Begründung:

Trotz der Entwicklung alternativer Forschungsmethoden werden allein in Deutschland jährlich noch immer fast drei Millionen Tiere in Tierversuchen verwendet. Die Anzahl der Versuchstiere hat dabei in den letzten fünf Jahren eher zu- als abgenommen.

Am 9. November 2010 ist die EU-Richtlinie 2010/63/EU zum Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere in Kraft getreten. Mit Hilfe der Richtlinie sollten für die gesamte Europäische Union gleiche Rahmenbedingungen für Tierversuche geschaffen werden. In Deutschland erfolgte die Umsetzung in nationales Recht durch eine Änderung des Tierschutzgesetzes (TierSchG) und die Einführung der Tierschutz-Versuchstierverordnung (TierSchVersV). Laut eines aktuellen Gutachtens von Dr. Christoph Maisack wurde die EU-Versuchstierrichtlinie in Deutschland jedoch nur teilweise umgesetzt; er listet 18 eindeutige und tierschutzrelevante Verstöße – bspw. im Genehmigungsverfahren – bei der Umsetzung der EU-Tierversuchsrichtlinie 2010/63/EU in deutsches Recht auf.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 31.05.2016 **Drucksache** 17/**11647**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Drs. 17/**10676**

Tierschutz stärken - Europäisches Recht umsetzen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Herbert Woerlein**
Mitberichterstatter: **Alexander Flierl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 48. Sitzung am 14. April 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 31. Mai 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 09.06.2016 **Drucksache** 17/**11915**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Susann Biedefeld, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Florian von Brunn, Herbert Woerlein, Horst Arnold, Ruth Müller, Martina Fehlner SPD**

Drs. 17/**10676**, 17/**11647**

Tierschutz stärken – Europäisches Recht umsetzen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Listennummern 3 und 4, über die wir eben abgestimmt haben. Ebenfalls ausgenommen ist die Listennummer 14. Es ist dies der Antrag der Abgeordneten Scheuenstuhl, von Brunn, Adelt und anderer (SPD) betreffend "Verschlechterung stoppen – Umweltziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie bis 2021 bayernweit erreichen", der auf Wunsch der SPD-Fraktion einzeln beraten werden soll. Der Aufruf erfolgt am Ende der Tagesordnung am späten Nachmittag.

Ausgenommen ist des Weiteren die Listennummer 7, Antrag der Abgeordneten Arnold, von Brunn, Woerlein und anderer (SPD) betreffend "Zusammenführung der EU-Förderprogramme Schulfrucht und Schulmilch sinnvoll ausgestalten". Dieser Antrag wird im Einvernehmen der Fraktionen auf die Sitzung am 14. Juni verschoben.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit sowie die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Allgemeine und institutionelle Fragen
Öffentliche Konsultation zu einem Vorschlag für ein verbindliches Transparenzregister
01.03.2016 - 01.06.2016
Drs. 17/10728, 17/11625 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Verfassungsstreitigkeit

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. Mai 2016 (Vf. 7-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Außenbereichssatzung der Stadt Füssen gemäß § 35 Abs. 6 BauGB für die Stadtteile Oberried und Weißensee, erste Änderung, vom 21. März 2014

PII/G1310.16-0005
Drs. 17/11628 (E)

Der Landtag beteiligt sich nicht an dem Verfahren.

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD)
Absenkung des Wahlalters auf 16
Drs. 17/9379, 17/11608 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. SPD
Wahlalter 16 bei der Europawahl
Drs. 17/10274, 17/11364 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

5. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Staatliche Flächen mit Kurzumtriebskulturen zur Energiegewinnung nutzen
Drs. 17/10295, 17/11462 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Ingrid Heckner, Dr. Martin Huber u.a. CSU
Spektrum sichern und bayerische Kultur- und Kreativwirtschaft retten
Drs. 17/10319, 17/11723 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Herbert Woerlein u.a. SPD
Zusammenführung der EU-Förderprogramme Schulfrucht und Schulmilch sinnvoll ausgestalten
Drs. 17/10431, 17/11636 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wertschätzung der Schulleiterinnen und Schulleiter
Drs. 17/10452, 17/11638 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Für faire Arbeitsbedingungen − Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen nicht länger blockieren!
Drs. 17/10514, 17/11644 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kein privates Kapital für die Bundesverkehrswegefinanzierung
Drs. 17/10515, 17/11724 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	Z

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Humanitäre Krise abwenden: In Not geratene Flüchtlinge aus Griechenland aufnehmen
Drs. 17/10516, 17/11631 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wer Obergrenzen fordert, darf sich der Bekämpfung der Fluchtursachen nicht verschließen
Drs. 17/10522, 17/11463 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Bundesverkehrswegefinanzierung beschleunigen und erhöhen − Optionen für privates Kapital ausloten − Auftragsverwaltung stärken
Drs. 17/10533, 17/11725 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD
Verschlechterung stoppen − Umweltziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie bis 2021 bayernweit erreichen
Drs. 17/10566, 17/11646 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

15. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Volkmar Halbleib, Stefan Schuster u.a. SPD
Zuführungen zum Pensionsfonds
Drs. 17/10567, 17/11634 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Stärkung unserer bäuerlichen Strukturen − Filterpflicht für große Schweinehaltungsanlagen
Drs. 17/10659, 17/11637 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

17. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Tierschutz stärken − Europäisches Recht umsetzen
Drs. 17/10676, 17/11647 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Dr. Linus Förster u.a. SPD
Durch eine Altfall-Regelung gut integrierten Asylbewerbern eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive geben
Drs. 17/10761, 17/11632 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über die Freistellungspraxis bayerischer Behörden bei ehrenamtlichen Rettungskräften
Drs. 17/10755, 17/11425 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausweitung der Freistellungs-, Entgeltfortzahlungs- und Erstattungsansprüche ehrenamtlicher Rettungskräfte
Drs. 17/10799, 17/11423 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Bernhard Seidenath, Norbert Dünkel u.a. CSU
Unterstützung der ehrenamtlichen Helfer im Rettungsdienst
Drs. 17/10873, 17/11424 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Rettungshelfergleichstellung
Drs. 17/10772, 17/11421 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 Satz 3 BayLTGeschO:
Votum des **federführenden** Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z